
Bürgerschaftliches Engagement für die Umwelt in Russland

Denkt man an die Zivilgesellschaft in Russland, wird man häufig davon ausgehen, diese befände sich unter lähmender staatlicher Kontrolle und gesellschaftliche Gruppen hätten keine Freiräume, eigene Interessen zu äußern. Dieser Eindruck spiegelt natürlich einerseits die Realität wider, andererseits ist auch richtig, dass das zivilgesellschaftliche Engagement in Russland vor allem in Umweltfragen weiter wächst. Dies trifft insbesondere auf Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung zu. Es ist zu beobachten, dass sich die Arbeit von NGOs verbessert und weiterentwickelt, sodass viele erfolgreiche Projekte beispielhaft genannt werden können. Dies gibt Anlass zur Hoffnung und wertvolles Wissen auch an andere gesellschaftliche Akteure.

Neben den etablierten internationalen und russlandweiten sowie den erfahrenen regionalen Organisationen sind in den letzten Jahren auch viele lokale Initiativgruppen entstanden. Diese Tendenz ist vor allem in Großstädten zu beobachten. Mit der Verbreitung des Internets erreichen die Initiativen auch immer mehr kleinere Städte und ländliche Gebiete.

Die Initiativen formieren sich zumeist als Protestbewegung von Menschen, die ihr Wohnumfeld und von ihnen als wertvoll erachtete Naturobjekte schützen möchten. Typischerweise betrifft das den Schutz von Parks und Grünflächen, Stadtwäldern und öffentlich zugänglichen Naturräumen, wie Gewässerufer, sowie den Kampf gegen Schadstoffausstoß aus Industrieanlagen.

Die Umwelt- und Klimakonflikte in den Städten gewinnen an Bedeutung, da der zunehmende anthropogene Einfluss auf die Stadtökologie als immer schwerwiegender empfunden wird (zunehmende Bauprojekte, Verkehr und Müllentsorgungsprobleme) und gleichzeitig diese Entwicklungen üblicherweise in Abwesenheit einer integrativen, umweltbewussten Städteplanung vor sich gehen und vorhandene Naturräume verdrängen.

Ein großes Problem für das Engagement in Umweltfragen birgt auch die allgemeine Schwäche und die Unbeständigkeit des Umweltrechts, die es unter anderem Unternehmen ermöglicht, (Bau)Projekte umzusetzen, welche Natur- oder Umweltschutzrestriktionen umgehen, und intensiven Lobbyismus zu betreiben. Besonders bei Großprojekten ist eine Unterwanderung der gesetzlichen Umweltbestimmungen zu beobachten. Im Rahmen der Olympischen Spiele kam es beispielsweise zu einer bedrohlichen Situation für Schutzgebiete um Sotschi, die zum Teil zur UNESCO

Weltnaturerbestätte Westkaukasus gehören. Unlängst hat das für Naturschutz zuständige Ministerium beschlossen, den zugrundeliegende Schutzstatus dieser Schutzgebiete so zu verändern, dass touristische Baumaßnahmen, wie Skiressorts, legal werden. Dies widerspricht den eigentlichen Schutzziele der Naturschutzgebiete und den Vereinbarungen mit dem Olympischen Komitee.

Leider gelingt es zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen selbst unter lautstarken Massenprotesten in vielen Fällen nicht, Natur- oder Umweltschutzforderungen durchzusetzen. So gibt es in der Schwarzerde-Region Russlands seit 2012, als Regierungsvertreter die Lizenz für die Nickelförderung in der Woroneshregion an die Firma Ural Bergbau-Metallurgie vergab, unüberhörbare und anhaltende Protesten gegen die Buntmetallförderung. Doch Aktivisten und Anwohner von ständigen Repressionsmaßnahmen und strafrechtlicher Verfolgung betroffen.

In der Regel formieren sich Protestgruppen in Moskau und anderen großen Städten recht spontan durch Bewohner aus betroffenen Wohngebieten und Vierteln. Protestkampagnen bestehen aus der Arbeit mit der Bevölkerung, der Organisation von Kundgebungen, Ausarbeitung von gemeinsamen Positionen, Unterschriftensammlung, Arbeit mit den Medien (Massenmedien, soziale Netzwerke, Petitionsaufrufe), ferner auch aus gerichtlichen Verhandlungen mit Vorhabenträgern. Der Erfolg oder Misserfolg der Protestkampagnen ist immer unvorhersehbar. Oft, so Alexander Karpov, Experte in der NGO EKOM in St. Petersburg, hängt der Erfolg von der Zeit und Kraftanstrengung ab, die die Aktivisten bereit sind zu investieren sowie von ihrer Professionalität beispielsweise in der Arbeit mit Behörden und Massenmedien, bei der Erstellung von juristischen Dokumenten und in der Lobbyarbeit.

Erwähnung muss auch die zunehmende Gründung von GONGOs (government organised NGOs) finden. Diese geben sich als Organisationen mit gesellschaftlicher Verwurzelung aus, wobei sie tatsächlich vom Staat gegründet und finanziert werden. Sie haben die Aufgabe, eine Gegenposition zu echten NGOs in der Öffentlichkeit einzunehmen und die Argumente letztgenannter zu schwächen. Die Existenz dieser Entwicklung zeigt aber gleichzeitig, dass die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft von den Machthabern nicht unbemerkt geblieben sind und als eine ernst zu nehmende Kraft eingeschätzt werden.

Es müssen aber auch die Erfolge von Umweltverbänden und –aktivisten hervorgehoben werden. Diese sind vor Allem dort zu finden, wo gesellschaftliche Forderungen mit eher kleineren, weniger bedeutsamen Wirtschaftsinteressen kollidieren, wo sehr großer öffentlicher Druck auf die Entscheidungsträger lastet, wo zivilgesellschaftliches Engagement das Fehlen staatlicher Zuständigkeit ausgleicht oder wo zeitgemäße Themen aus der Gesellschaft heraus in die Öffentlichkeit gebracht werden.

In diesem Sinne sind kleinere und größere Erfolge erwähnenswert: die Erfolgskampagnen zum Schutz von städtischen Wäldern und Grünanlagen (z.B. Tschernjajewskij Wald in Perm), der Klageerfolg von Greenpeace bezüglich der Bewahrung der Nationalparke Samarer Krümmung (Самарская Лука) und

Jugyd Wa (Югыд Ва)¹, die teils auch vor Gericht erzielten Erfolge zum Stopp von umweltschädlichen Industrieprojekten, beispielsweise der Sieg der NGO *Ekowachta* gegen die Pläne, Gold am Fluss Langeri auf Sachalin zu fördern oder der Baustopp eines Ferrolegierungswerkes in Krasnojarsk).

Die Chance für Bürgerinitiativen, Erfolge zu erzielen, steigt, sobald sich Vertreter der Machthaber auf die Seite der Protestierenden stellen oder wenn sich die Gerichte zugunsten des Umwelt- und Naturschutzes entscheiden. Dies erfordert in den meisten Fällen eine starke Druckausübung seitens der Bevölkerung. Wie im Falle Baschkiriens, wo der Druck von Aktivisten dazu führte, dass der Präsident des Föderationssubjektes Baschkirien ein Referendum durchführen ließ, um über den Bau eines Ferrolegierungswerkes zu entscheiden. Die Bürger entschieden sich gegen den Bau des Werks und stoppten so die Baupläne.

Bürgerinitiativen übernehmen oft staatliche Aufgaben, die von den Machhabern nicht erfüllt werden, jedoch Gegenstand gesellschaftlicher Bedürfnisse und Belange sind, oder setzen zeitgemäße Themen auf die politische Agenda.

Dies betrifft beispielsweise die Themen Mülltrennung, Umweltbildung oder Begrünung. Die größten, landesweiten Bewegungen hinsichtlich der Müllentsorgung sind *RasDelnyj Sbor* (Раздельный сбор²) und *Musora.Bolsche.Net* (Мусора.Больше.Нет), die auf ehrenamtlicher Basis in zig Städten in Russland aktiv sind. Auch das Fahrradfahren und der Wunsch nach mehr Fahrradfahrerinfrastruktur hat große mobilisierende Kraft innerhalb der Gesellschaft.

Es gibt auch einige allgemeine, positive Entwicklungen im Bereich Umweltschutz. Das Umweltbewusstsein der Gesellschaft in Russland wächst. Das kann man auch an den Aktivitäten im Internet ablesen. Hier werden „grüne“ Ideen in Blogs diskutiert und analysiert, Gruppen formieren sich themenspezifisch in den sozialen Netzwerken, Petitionen und Posts werden in Umlauf gebracht. Informationen und Meinungen können auf diese Weise über weite Distanzen hinweg geteilt werden. Auch kompliziertere Onlinemethoden zur Aktivierung von Bürgern finden Anwendung, wie zum Beispiel crowdsourcing oder online-Karten mit Darstellungen von hot-spots. Interessant sind auch Webanwendungen, die es Bürgern in verschiedenen Städten Russlands ermöglichen, sich im Falle von Rechtsverletzungen an Behörden zu wenden. Das Portal *Schönes Sankt Petersburg* (Красивыйпетербург.рф) etwa ist sehr populär. Die Bürger können auf diesem Portal in St. Petersburg beobachtete Probleme formulieren, ohne sich in der staatlichen Aufbauorganisation auskennen zu müssen. Etwa 80.000 Ersuchen sind im Portal eingegangen und etwa 25.000 angesprochene Probleme wurden bisher gelöst.

¹ Im Jahre 2015 präsentierte das Naturschutzministerium ein Gesetzesvorhaben, mit Hilfe dessen die Schutzregularien gegen Bebauung in allen Naturschutzgebieten Russlands aufgehoben worden wären. Dieses Vorhaben wird laut Greenpeace.org nach heftigen Protesten russlandweit voraussichtlich fallengelassen.

² russisches Wortspiel: rasdelnyj sbor=selektive Mülltrennung; ras=einmal, delnyj=clever und sbor=Sammlung

Oft ist zudem zu beobachten, dass Bürger, die über eine Bürgerinitiative aktiv geworden sind, auch weiterhin engagiert bleiben. So sind beispielsweise Bürger, die sich gegen die Nickelförderung in der Schwarzerde-Region stark gemacht haben, später auch als Wahlbeobachter aufgetreten.

Initiativen bilden sich jedoch nicht nur als Protestbewegungen. Auch die Demonstrierung von umweltfreundlichen Praktiken und Lebensweisen sowie die Diskussion von verantwortungsvollem Konsumverhalten stellen Formen von Bürgerengagement und Bürgerinitiativen in Russland dar. Diese sind Themen, die insbesondere junge Menschen immer mehr thematisieren.

Ein hochaktuelles Thema ist, ähnlich wie in Deutschland, das Thema Bürgerbeteiligung.

Nach Meinung von Artyom Alekseyev, Jurist im Petersburger Zentrums für Umweltrechtsschutz *Bellona*, wurden alle Bürgerrechte zur Partizipation viele Jahre zuvor deklariert. In der letzten Zeit sind über das Internet zudem viele Beteiligungsmöglichkeiten entstanden. Jedoch werden die Möglichkeiten der Bürger durch eben diejenigen Machtorgane begrenzt, die öffentliche Anhörungen durchführen. Formell erfüllen sie die gesetzliche Anforderungen in der Regel, nutzen jedoch gesetzliche Schwächen aus, informieren sachwidrig, falsifizieren Ergebnisse. Zudem fehlt es in der Praxis oft an Erfahrung und Wissen darüber, dass und wie man die Partizipationsmöglichkeiten nutzen kann. Hinderlich ist zudem, dass die Konfliktparteien oft nicht bereit sind, einander zuzuhören und miteinander zu kommunizieren.

Zu den gängigen formellen Bürgerbeteiligungsformen zählen öffentliche Auslegungen und Anhörungen. Nach Meinung Alexander Karpows sind öffentliche Anhörungen zumeist ineffektiv, weil diese von Beamten durchgeführt werden, die selbst nur in vermittelnder Position fungieren. Sie überarbeiten die Ergebnisse einer Anhörung und geben diese Informationen an den nächsten Beamten. Auf diese Weise gibt es keinen direkten Dialog zwischen den Betroffenen und den letztlichen Entscheidern. Da die unmittelbare Kommunikation fehlt, verlieren solche öffentlichen Anhörungen ihren eigentlichen Zweck. Um sich Gehör zu verschaffen, entstehen aus den Anhörungen Kundgebungen und Protestaktionen. Erst dann wird den Behördenvertreter klar, dass die Betroffenen bereit sind, ihre Interessen ernsthaft zu vertreten. Noch wirkungsvoller sei es, sich an die Gerichte zu wenden, so Karpov.

Ein zweites Problem ist seiner Meinung nach die Art der Informierung. Die zu den Anhörungen ausgelegten Informationen seien oft schwer zu verstehen und die Bürger hätten in der Regel nicht die Möglichkeit, vorher Einsicht in die Dokumente zu bekommen. Die Anhörungen haben aber nur dann einen Nutzen und Sinn, wenn sich die interessierten Teilnehmer vorher mit den Dokumenten ausgiebig beschäftigt konnten. Ohne diesen Schritt ist es weder möglich zu protestieren oder zu klagen noch irgendwelche vernünftigen Entscheidungen zu treffen. Nicht zuletzt werden Auslagen- und Anhörungstermine oft unzulänglich bekanntgegeben, die Bürger erfahren darüber häufig eher zufällig. Auch übernimmt niemand die Verantwortung für die Richtigkeit der ausgelegten Informationen. Als Ergebnispapiere von öffentlichen Anhörungen werden schließlich in den meisten Fällen lediglich Protokolle erstellt, anstelle einer Erklärung, die die Zustimmung oder Ablehnung der

Bürger festhält. Auf diese Weise entstehen für die Bauplaner keine Verpflichtungen zur Veränderung ihrer Vorhaben.

Frühzeitige und informelle Beteiligungsformen, wie sie in Deutschland in den letzten Jahren erprobt und angewendet werden, spielen in Russland heutzutage noch keine Rolle. Nichtsdestotrotz verändert sich die Wahrnehmung der Behörden bezüglich zivilgesellschaftlichen Engagements in Umweltfragen. Auf den Deutsch-Russischen Umwelttagen im Kaliningrader Gebiet im Oktober 2015 etwa wurde das Thema Zusammenarbeit zwischen Behörden und Gesellschaft ausdrücklich auf Wunsch der Kaliningrader Behörden auf die Agenda gesetzt. Die Kaliningrader Gebietsverwaltung möchte zwar das Verhältnis zur Gesellschaft verbessern, sieht sich aber zunächst nicht in der Rolle, dies durch Neugestaltung von Vorschriften und Verfahren hin zu mehr Partnerschaft voranzubringen. Dies ist beispielhaft und zeigt, dass es noch eine beachtliche Skepsis gegenüber der Einbindung gesellschaftlicher Gruppen in politische Entscheidungsprozesse gibt, jedoch zaghafte Eindrücke erweckt werden, dass Bürgerbeteiligung in Russland kurz davor steht, ernsthaft diskutiert und umgedacht zu werden.

Autorinnen

Tatjana Chestina ist Direktorin der Grünen Bewegung Russlands (EKA). Seit 2012 Mitglied der Bewegung ‚Zum Schutze Chopjors‘ und Unterstützerin einer breiten Bürgerbewegung gegen Nickelförderung in der Schwarzerde-Region.

Angelina Davydova ist Umweltjournalistin und für verschiedene russische und internationale Medien tätig (u.a. Zeitungen Kommersant, Klimaretter, Reuters), war Stipendiatin von Reuters in Oxford (Reuters Institute for the Study of Journalism). Seit 2006 Projektleiterin für Umwelt- und Klimaprojekte beim Deutsch-Russischen Austausch in St. Petersburg³ und Berlin⁴. Organisiert Trainings und Seminare für Vertreter der russischen Medien und Austauschprojekte für Journalisten. War Leiterin des Moving Baltic Sea Festivals⁵ 2008 (movingbalticsea.org) in St. Petersburg, das junge Umwelt- und Kulturinitiativen im ganzen Ostseeraum umfasste. Seit Dezember 2008 nimmt Angelina Davydova als eine der russischen Beobachterinnen an den UNO-Verhandlungen zum Klimaschutz (UNFCCC) teil. Angelina Davydova unterrichtet Journalismus an der St.-Petersburger Staatlichen Universität.

³ <http://obmen.org/>

⁴ <http://www.austausch.org/>

⁵ <http://www.movingbalticsea.org/>



Judith Kiss ist seit 2015 Leiterin des Umwelt- und Klimaschutzprogrammes des Deutsch-Russischen Austausch e.V. in Berlin. Magister in Osteuropastudien, Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Studienbegleitende Auslandsaufenthalte in Russland und Ungarn. 2009-2012: Leitung des Freiwilligen- und Naturschutzprogramms der Manfred-Hermesen-Stiftung mit dem Naturpark „Vulkane Kamtschatkas“ (Russland), dreijähriger Außendienst auf Kamtschatka. 2010-2012: Übersetzerin und Fremdenführerin bei Explore Kamchatka (Russland). 2012-2014: Projektmitarbeiterin bei der „Greifswalder Agrarinitiative“ der Michael-Succow-Stiftung.

Kontakt: judith.kiss@austausch.org

Weitere Informationen unter: www.rnei.de; www.austausch.org

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de